



Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen	Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang:	VO/0408/2009 öffentlich 12.06.2009 10.06.2009	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg			
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften Stadtverordnetenversammlung Marburg		

Antrag der SPD/B90/Die Grünen betr. Energieausweise

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit lokalen Verbänden von Handwerk, Architekten, Ingenieuren sowie Bildungseinrichtungen und den Stadtwerken Marburg ein Konzept zu entwickeln, um durch gemeinsame Angebote an Information, Beratung und ggf. Fördermaßnahmen eine hohe Nachfrage und Verbreitung von bedarfsbasierten Energieausweisen, gerade auch auf freiwilliger Basis, durch Marburger BürgerInnen zu erreichen.

Begründung:

Nach der am 1. Oktober 2007 in Kraft getretenen EnEV wird der Energieausweis auch für Bestandsgebäude ab 1. Juli 2008 bei Neu- oder Anbau, Verkauf und Vermietung schrittweise Pflicht.

In Deutschland wird ein Drittel des Primärenergieverbrauchs für Raumheizung und Warmwasserbereitung benötigt. Daraus erklärt sich das große Energieeinsparpotenzial bei der Sanierung und Modernisierung von Bestandsbauten. Für Bestandsgebäude können die Energieausweise meist wahlweise sowohl auf der Grundlage des ingenieurmäßig berechneten Energiebedarfs als auch auf Grundlage des gemessenen Energieverbrauchs erstellt werden. Aber nur der bedarfsbasierte Energieausweis liefert normierte und mit anderen Gebäuden vergleichbare Daten, die für die Planung von Maßnahmen zur energetischen Optimierung unerlässlich sind. Er ist daher unbedingt dem nur verbrauchsbasierten Ausweis vorzuziehen.

Der Energieausweis schafft Transparenz und Klarheit im überwiegend privaten Wohnungsmarkt und initiiert erhebliche Investitionen in die Verbesserung der Wärmedämmung und/oder Heizungsanlagen. Die dadurch erzielten Energieeinsparungen entlasten Mensch und Klima von CO₂- und anderen Schadstoffemissionen und senken die Energiekosten. Zudem kommen die Investitionen der heimischen, mittelständischen Wirtschaft zugute und tragen somit zum Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen in Stadt und Region bei.

Dr. Ralf Musket

Sonja Sell

Dr. Petra Baumann